

Und die Menschen?

DT. Amerikanische und britische Fachleute berechnen die Kosten der beiden durch den Weltraum rasenden Satelliten auf fünf bis zehn Milliarden Mark. Die sowjetischen Produzenten sprechen nicht davon. Und auch nicht davon, wie solche ungeheuerlichen Summen, die den Jahresetat eines mittleren europäischen Staates ausmachen, aufgebracht werden; auch nicht davon, aus welchen Erträgen diese Milliardensummen genommen werden, und wem sie fehlen müssen. Mag der sowjetische Haushalt mit der 200-Millionen-Bevölkerung auch Milliarden Ausgaben für zwei Sputniks leichter ertragen als der Ausgabenfondus der europäischen Staaten, so weisen die vielen neuen Raketen-Batterien, die über den Roten Platz des November-Feiertags paradierten, zusätzlich auf den alle Maßstäbe menschlichen Denkens überschreitenden östlichen Militärstaat hin. Wenn Chruschtschow auch, frohgelaunt ob dieses Aufmarsches von Wunderwaffen, seinen westlichen Widersachern zugerufen hat, sie könnten nun getrost die Masse ihrer Flugzeuge und ihrer konventionellen Waffen verschrotten, so weiß man dennoch, daß außerdem im weiten Sowjetreich und in den sowjetisch kontrollierten Ländern Hunderte jener konventionellen Divisionen und viele sehr kostspielige Bombengeschwader jederzeit startbereit bleiben. Was der sowjetische Mensch dazu sagt, das freilich erfährt niemand.

Dem amerikanischen Präsidenten Eisenhower hat man angemerkt, wie schwer es ihm fiel, gegenüber dieser mit breiter Rücksichtslosigkeit sich darbietenden Macht seinem Volke und der ihm zührenden westlichen Welt eine tröstliche und zuverlässige Gegenrechnung aufzustellen. Eisenhower hat, besonders an die beunruhigten Lands-

leute gewandt, den verletzten Stolz der führenden Nation aufzurichten gesucht. Der amerikanische Präsident hat Menschen vor sich, die wissen wollen, warum Amerika offensichtlich ins Hintertreffen gegenüber dem wissenschaftlich-militärischen Ansturm Moskaus geraten ist. Wenn ihnen Eisenhower nun sagt, die bisher sehr dezentralisierte Forschung in den USA werde jetzt straff organisiert, und wenn er in Mr. Killian einen kundigen Koordinator präsentiert, so wird das die ungestümen Frager nur zum Teil beruhigen können; denn sie verstehen, daß solche Konzentration und Anspannung der nationalen Kräfte und des nationalen Vermögens eine erhebliche Wirkung auf den einzelnen Staatsbürger wird haben müssen.

*

Der Präsident hat nur andeutungsweise davon gesprochen. Und wenn man von ihm auch keine „Blut-, Schweiß- und Tränen-Rede“ zu erwarten hat, so wird er gewiß in einer seiner nächsten angekündigten Ansprachen deutlicher den Menschen in diesem weiten, freien Lande vorbereiten müssen. Denn mögen auch Amerikas Kräfte und materiellen Mittel mächtig, mögen sie voluminöser und ausstrahlender sein als die der Sowjetunion — die Raketenprogramme fressen wie keine vorausgegangene technisch-industrielle und militärische Produktion am Vermögen und am Standard der Bevölkerung. Es ist keine Frage, daß die amerikanischen Verzögerungen auf diesem Gebiet bisher aus Rücksicht auf das Volksvermögen erzwungen wurden. Wenn nun die Vereinigten Staaten nachziehen wollen, wenn amerikanische Sterne und Raketen in den nächsten Monaten den sowjetischen Vorrang ausgleichen werden, dann werden es zum

ersten Male die freien Menschen im größten Lande der freien Welt und daraufhin auch die übrige westliche Welt empfindlich zu spüren bekommen. Eine Verschiebung der Staatsausgaben zugunsten eines solchen Superprogramms merkt in der Sowjetunion der leidgewohnte Sowjetbürger wohl, aber der Bürger eines freien Staates hat demgegenüber allein das Recht, daraus Konsequenzen zu ziehen.

Wir wissen, wie diese Folgerungen in Amerika ausfallen werden. Der Amerikaner wird einsehen, daß ihm die östliche Rücksichtslosigkeit nötig, seine eigene Freiheit und seinen Lebenshaushalt möglicherweise einzuschränken. Aber wie wird er von denen im sowjetischen Bereich denken, die, ohne gefragt zu werden, den Rausch der Sputniks und Raketen statt eines noch schmalen werdenden Freiheits- und Lebensraums vorgesetzt bekommen? Bisher hatte der sowjetische Machtkoller nur die Menschen des eigenen Landes und des eigenen Herrschaftsraums ihrer Menschenwürde beraubt. Das notwendige Anziehen im Wettrennen um die Stärke wird nun auch den Menschen in der freien Welt mancherlei abverlangen.

Wer die Manifestationen Chruschtschows und Eisenhowers in dieser abgelaufenen Woche gegenüberstellt, dem wird klarwerden, an welchem Entscheidungspunkt die Menschheit angelangt ist. Der Herr des Kreml hat vom „Glück der Menschen“ gesprochen, dem der Kommunismus zusteure. Eisenhower hat die harten Entbehrenungen aufgezeichnet, die dem Menschen der technischen Herrschaft drohen. Der Mensch, der Chruschtschow zuhörte, hat nie das Glück gekannt, und also bleibt ihm auch die Chrus-

(Fortsetzung auf Seite 7)

Hamburg, SPD und der Bund

DT. „Den größten Erfolg seit 100 Jahren hat die SPD mit der Hamburger Wahl erzielt“ — so beurteilt die „New York Times“ den Ausgang der Hamburger Bürgerschaftswahl. Sie irrt; denn im Dezember 1948 konnten in Westberlin die Sozialdemokraten 64,5 Prozent, also nahezu eine Zweidrittelmehrheit, erlangen. Der amerikanische Irrtum aber trifft ins Schwarze. Der große, später nicht mehr wiederholte Sieg der SPD in Berlin war 1948 eine Zustimmung zu jenen, die am aktivsten und sichtbarsten in den bösen Wochen der Blockade den Kampf gegen den sowjetischen Kommunismus geführt hatten. Die heute mit 53,9 Prozent ins Parlament der großen Hafencity einziehende SPD ist ebenso wie damals in Berlin von einer Bevölkerung gewählt worden, die nicht eine bestimmte Partei, sondern profilierte, stadtbekannteste Persönlichkeiten ins Rathaus zurückgeholt hat. „Ernst Reuter“ hieß der Berliner Ruf von 1948, und „Max Brauer“ konnten im November 1957 die Hamburger sagen. Es ist sehr bezeichnend, daß der Spitzenkandidat der Hamburger SPD für den Bundestag, der umstrittene Herbert Wehner, im hamburgischen Wahlkampf kaum in Erscheinung getreten ist.

Max Brauer

Für den „Bürgermeister-Flügel“ in der SPD, wie er durch Max Brauer, Wilhelm Kaisen und früher Ernst Reuter repräsentiert wird, hat sich die Mehrheit der Wähler in Hamburg entschieden — nicht für jene Partei, die am 15. September in der Bundestagswahl von der CDU geschlagen worden ist. Das Klima für die SPD Hamburger Prägung stand ja auch schon günstig, als vor vier Wochen zum Bundestag gewählt worden war. Wohl hatte die CDU mit etwa 38 Prozent ihren bisher höchsten Erfolg in Hamburg. Doch die SPD-Stimmen

lagen damals auch schon mit 45 Prozent höher als irgendwo anders im Bundesgebiet. Und ein Vergleich mit 1953, wo die SPD trotz ihrer 45 Prozent Stimmen ihre siebenjährige Herrschaft in der Hamburger Stadtverwaltung hatte verlassen müssen, ist unmöglich. Denn damals schaffte die CDU, mit FDP und DP zusammen im Hamburg-Block vereint, gerade die 50 Prozent, die zur knappen Mehrheit von zwei Sitzen in der Bürgerschaft ausreichten. Der Hamburg-Block war offiziell in der Woche vor der Wahl zerbrochen. Praktisch hatte es in ihm schon all die Jahre hindurch Krisen gegeben; Krisen, die wiederum nicht Spiegelbilder der Koalitionsbrüche von Bonn waren. Jetzt, da es in Hamburg nicht mehr darauf ankam, Adenauer zu wählen, und da außerdem politische Fragen von mehr als regionaler Bedeutung nicht auf dem Spiele standen, erinnerte sich eine Mehrheit der Hamburger an den Mann Max Brauer, mit dem ein gut Stück der ersten schweren Hamburger Nachkriegsjahre verbunden ist.

Kein Pendelschlag

Diese Hamburg-Wahl ist kein politischer Pendelschlag zurück. Wenn er für die allgemeine SPD einen Wert haben soll, dann den der Mahnung daran, wie konstruktiv eine Partei aussehen kann. Wenn er für die Union eine Lehre sein soll, dann die, daß es nicht genügt, auf die verlässliche Spitze im Bund zu bauen. Und für die FDP gibt es den Trost, daß zur Fünfprozentklausel noch eine gute atemlange Zeit und Kraft bleibt.

Die anderen Parteien sind nicht mehr da. Das wird gewiß, obwohl es nicht unerwartet kam, schmerzlich für die Deutsche Partei zu erkennen sein; denn ihr Parteichef, Heinrich Hellwege, steht in Hannover in einer schweren Krise mit seinem so kunstvoll organisierten Niedersachsen-Kabinetts. Ob der einzige Länderchef der Bundesrepublik, der der DP angehört,

nun noch mit sicherer Rückenbedeckung seine tüchtige Attacke gegen die Ultra-rechts-Hospitanten der „Deutschen Reichspartei“ mit Glück wird weiterführen können, ist fraglich geworden. Zieht sich Hellwege schon aus den Reihen der eigenen Partei Proteste zu, daß er mit den Sozialdemokraten um eine Umbildung seiner Niedersachsen-Regierung verhandelt, so muß er nun nach den Hamburger Entwicklungen fürchten, daß die neuen Partner, die er sucht, möglicherweise ihn selbst und die Seinen ausbooten könnten.

Große Konzeption unverändert

Aber die Verschiebungen, die die Hamburger Wahl bringt, ändern nicht die große politische Konzeption der Bundesrepublik. Natürlich wird das Verhältnis der Stimmen im Bundesrat anders werden. Die Zweidrittelmehrheit der adenauerfreundlichen Regierungen ist dahin; denn ob der Hamburger Senat morgen eine reine SPD-Regierung oder eine SPD-FDP-Koalition, oder selbst eine unwahrscheinliche SPD-CDU-Koalition im Bundesrat präsentieren wird — die drei Stimmen aus Hamburg werden der Regierung Adenauer im Bundesrat nicht mehr sicher sein. Doch die einfache Bundesratsmehrheit bricht dennoch keine noch so geänderte Hamburger oder auch gar Niedersachsen-Koalition. Der Hamburger Senat hat, wie manche andere Länderregierungen im Bund, die Möglichkeit, seine Dinge, die Dinge des Landes und der Stadt Hamburg, zu betreiben. Die großen Fragen der Außen-, Wirtschaft- und Sicherheitspolitik aber bleiben davon unberührt. Im Gegenteil: es ist zu erwarten, daß die politische und verwaltungsmäßige Verantwortung, in die hier andere, nicht an der Bundesregierung beteiligte Gruppen im Land hineinwachsen, die kräftige Sicherheit der großen Bundespolitik nur beflügeln.

Wieder Gespräch mit Moskau

Fortsetzung der deutsch-sowjetischen Verhandlungen

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenausgabe Sie in der sowjetischen Besatzungszone erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Barth

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

EKD wünschte Gespräch mit Pankow

Versuch zur Beseitigung der Schwierigkeiten

Frankfurt (DPA/epd). Der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands hat, auf seiner Konferenz in Frankfurt/Main die Vertreter der EKD in Bonn und Pankow, Prälat Kunst und Propst Gruerber, beauftragt, den Regierungsstellen die Beschlüsse des Weltkirchentages über Abrüstung und Verständigung zu übermitteln und gleichzeitig den Wunsch nach einem Gespräch zwischen Vertretern des Rates der EKD und Regierungsmitgliedern Ausdruck zu geben.

Das Gespräch mit der Pankower Regierung, so betonte Prälat Kunst im Anschluß an die Tagung, sei der Versuch, die in der Sowjetzone in letzter Zeit verstärkt aufgetretenen Schwierigkeiten in der kirchlichen Arbeit nach Möglichkeit zu beseitigen.

In einer Stellungnahme zu den Vorwürfen gegen Propst Maercker heißt es, niemand könne mit kirchlichen Segnungen rechnen, der einmal ein atheistisches Gelübde getan habe. Maercker hatte, wie gemeldet, die kirchliche Beerdigung eines Mädchens verweigert, das an der Jugendweihe teilgenommen hatte.

In den täglichen Angriffen der Sowjetzonenpresse gegen Vertreter der Kirche erscheint neu-

Moskau/Bonn (AP/DPA). Die deutsch-sowjetischen Verhandlungen über Handels-, Konsular- und andere Fragen werden in Moskau fortgesetzt. Dies haben der deutsche Verhandlungsführer, Botschafter Lahr, und der stellvertretende sowjetische Außenminister Semjonow während eines halbstündigen Gesprächs im sowjetischen Außenministerium vereinbart. Lahr war vor einigen Tagen mit neuen Instruktionen des auswärtigen Amtes von Bonn nach Moskau zurückgekommen.

Die Wirtschafts- und Konsularverhandlungen sollen am Donnerstag, die Repatriierungsverhandlungen am Freitag von Sachverständigengruppen begonnen werden. Auf deutscher Seite werden der Vortragende Legationsrat von Zahn-Stranick die Wirtschaftsverhandlungen, Botschafter Gröppler die Konsularverhandlungen und der Vortragende Legationsrat Brückner die Repatriierungsverhandlungen leiten. Die Delegationsführer Lahr und Semjonow

werden an diesen Zusammenkünften der Sachverständigen nicht teilnehmen. Da der Leiter der sowjetischen Wirtschaftsdelegation, der stellvertretende Außenhandelsminister Kумыкин, erkrankt ist, wird er vom Abteilungsleiter im sowjetischen Außenhandelsministerium, Winogradov, vertreten werden.

Das von Lahr und Semjonow besprochene Verfahren sieht vor, daß von deutscher Seite zunächst typische Einzelfälle von Repatriierungswilligen benannt werden, über die dann verhandelt werden soll. In der sowjetischen Denkschrift vom 16. Oktober hatten die Sowjets ihre Bereitschaft erklärt, über „Einzelfälle“ zu verhandeln, und damit den von ihnen Ende Juli einseitig von der Tagesordnung abgesetzten Punkt wiederaufgenommen. Es bleibt abzuwarten, ob dieses verfahrensmäßige Einlenken auch die Bereitschaft in sich schließt, einen materiellen Fortschritt in den Repatriierungsverhandlungen zu ermöglichen.

erdings die Forderung, daß der Staat „die Verteilung der Staatszuschüsse an die Kirche überprüfen und ihre Verwendung exakt kontrollieren“ müsse. Dieses Verlangen wird mit der angeblichen Gefahr begründet, daß „von den Werkträgern erarbeitete Gelder für kirchliche NATO-Propaganda Verwendung finden“.

Ost und West in Deutschland-Halle

Spaltung in Freiheit überwinden

Berlin (Eigenmeldung). 6000 West- und 6000 Ostberliner kamen zu einem gesamtdeutschen Treffen, das von der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft und dem Kuratorium Unteilbares Deutschland veranstaltet wurde, in die Deutschlandhalle, Siegfried Aufhäuser von der DAG und Dr. W. Schütz vom Kuratorium Unteilbares Deutschland begrüßten die Gäste. Aufhäuser verlas ein Telegramm mit Genesungswünschen, das im Namen der Versammelten dem erkrankten langjährigen Minister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, übersandt wurde.

Der Minister für gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, erwähnte noch einmal die Grün-

de, die zur Spaltung Berlins geführt haben. „Wir sind bereit, diese Spaltung jede Stunde in Freiheit überwinden zu helfen.“ Er habe keinen größeren Wunsch, als daß sein Ministeramt durch die Wiedervereinigung möglichst morgen schon überflüssig gemacht werden könnte.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, erklärte, es sei kein Verdienst, sondern purer Zufall, wenn man Westberliner oder Bürger der Bundesrepublik sei. Er glaube, daß die Zeit gekommen sei, die Menschen in Westdeutschland daran zu erinnern, daß die Deutschen jenseits des Eisernen Vorhangs den Krieg nicht allein verloren hätten.

Doch wieder Todesstrafe?

CSU will neuen Antrag stellen — Zweidrittelmehrheit nötig

Bonn (Eigenmeldung). Überraschend schnell tauchte im dritten Bundestag das Problem der Wiedereinführung der Todesstrafe auf. Die Abgeordneten der bayerischen CSU wollen in Kürze einen Gesetzentwurf einbringen, wonach die Todesstrafe für Gewaltverbrechen wieder Bestandteil des deutschen Strafrechts werden soll. Zur Wiedereinführung der Todesstrafe bedürfte es allerdings einer Zweidrittelmehrheit im Parlament. Da das Grundgesetz der Bundesrepublik keine Todesstrafe kennt, müßte es daraufhin erst geändert werden.

Obwohl in den vergangenen acht Jahren zwei Vorstöße von Befürwortern der Todesstrafe im Bundestag zurückgewiesen wurden, lassen sich die Abgeordneten, die auf eine Wiedereinführung der Todesstrafe drängen, nicht entmutigen. Zweifellos stehen sie unter dem Eindruck der bewaffneten Banküberfälle der letzten Zeit und der Mordanschläge gegen Taxifahrer. Zu den Befürwortern der Todesstrafe gehört unter anderem auch der neue Bundesjustizminister Fritz Schäffer. Als Angehöriger der CDU/CSU-Fraktion stimmte er am 30. Oktober 1952 im Bundestag für die Anträge der CSU und der Deutschen Partei auf Wiedereinführung der Todesstrafe, die damals nicht durchdrangen.

Bisher hatte man in Bonn erwartet, daß das Thema Todesstrafe erst wieder im Zusammenhang mit der Strafrechtsreform vom Bundestag behandelt würde. Die Initiative der bei der letzten Wahl sehr stark gewordenen CSU schafft nun aber eine neue Lage. Die CSU-Abgeordneten gehen von der umstrittenen Voraussetzung aus, daß die Todesstrafe den Gewaltverbrecher abschreckt. Demgegenüber meinen viele Sachkenner, daß sich Mörder auch durch die Todesstrafe nicht abschrecken lassen, da sie vielfach glauben, daß man sie nicht fassen könne. Das stärkste Argu-

ment gegen die Todesstrafe ist die Möglichkeit, daß Gerichte unschuldige Menschen hinrichten lassen könnten. Das Bundesjustizministerium trat aus diesen Gründen bisher für eine ruhige Erörterung des Für und Wider im Rahmen der Strafrechtsreform ein, die aber erst in zwei Jahren spruchreif sein dürfte.

Neue Etappe zum „Volksgericht“

Die Rote Hilde und der „wahre Humanismus“

Berlin (AP/DPA). Die Gerichte der Sowjetzone stünden am Beginn einer neuen Etappe, die zum „Volksgericht“ führe, erklärte der Pankower Justizminister Hilde Benjamin (SED) in einem von der Zeitschrift „Neue Justiz“ veröffentlichten Artikel. Die „rote Hilde“ forderte „alle Härte im Kampf gegen die Ausbeuterklasse“ und führte an Hand des Romans eines sowjetischen Schriftstellers aus, daß die Tätigkeit in einem Erschießungskommando unter Umständen eine besondere Art von Menschlichkeit sein könne. Wörtlich heißt es weiter: „Kein Gerede vom ‚humanen Kommunismus‘ oder ‚demokratischen Sozialismus‘ wird uns abhalten, in konkretem parteipolitischem Handeln von unserer vorgeschobenen Bastion aus den wahren Humanismus und die Gesetzlichkeit des sozialistischen

Lemmer: Pakete in die Zone

Berlin (DPA). Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, hat in einem Rundfunkinterview an die Bevölkerung der Bundesrepublik appelliert, sich besonders zur Weihnachtszeit an einer großen Geschenkpaketaktion für die Einwohner der Sowjetzone zu beteiligen. Lemmer sagte, man müsse sich vorstellen, welche Hilfe manchem verzweifelten Menschen in der Zone dadurch geboten werde, daß er von Verwandten, Freunden oder gar Unbekannten mit einem Weihnachtspaket bedacht werde.

Gerichts zu verteidigen und zu verkünden.“

Zum gleichen Thema heißt es in der neuesten Ausgabe des theoretischen Organs der SED, „Einheit“, ohne eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen könne sich der „sozialistische Demokratismus“ nicht behaupten und entwickeln. Die politische Freiheit in der DDR bestehe darin, daß man ungehindert „für den gesellschaftlichen Fortschritt eintreten und kämpfen“ könne.

Das SED-Organ „Neues Deutschland“ hat den Vorschlag des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, die Vorwürfe gegen Kirchenvertreter wegen angeblicher illegaler Ostermarkteinfuhr von einem neutralen Wirtschaftsprüfer untersuchen zu lassen, als einen „Versuch der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR“ kategorisch abgelehnt.

Die Ausreiseverweigerung der Zonenbehörden für den Magdeburger Präses Kreyssig, der an der Frankfurter Kirchentagung nicht teilnehmen konnte, wurde vom Organ der Sowjetzonen-CDU „Neue Zeit“ nachträglich begründet. Der Präses, so heißt es, habe die „gottgesetzte Obrigkeit“ des Gebietes, in dem er Staatsbürger sei, als „Gewalthaber“ und „verbissenen Gegner“ bezeichnet.

Vieweg in der Hand des SSD?

Aufenthalt an unbekanntem Ort

Berlin, (DPA). Der frühere SED-Agrarwissenschaftler Prof. Dr. Kurt Vieweg, der nach seiner Flucht in die Bundesrepublik vor einigen Tagen wieder nach Ostberlin zurückgekehrt ist, soll sich nach einer Meldung des Informationsbüros

West in den Händen des SSD befinden. In der Meldung heißt es, Vieweg sei sofort nach seiner Rückkehr in den Berliner Sowjetsektor von SSD-Funktionären in Empfang genommen und an einen unbekanntem Ort gebracht worden.

Ein Schriftsteller wurde siebzig

Seinen 70. Geburtstag beging in Berlin Arnold Zweig, Schriftsteller und Dichter jener fünfzehn Jahre nach dem ersten Weltkrieg, die überraschend reich waren an literarischen Gestalten, Formen und Ergebnissen. Damals war die Klage über Mangel an Talenten nie zu hören. Auch daß es ein Talent gab wie Arnold Zweig, nahm man hin wie eine Selbstverständlichkeit. Und der Dank stellte sich eigentlich erst ein, als man später in den Jahren einer öden Scheinliteratur in die versteckten Ecken der Bücherschränke griff, um sich an seiner offiziell verbotenen Kost zu laben. Und um Kraft und Trost zu suchen und den Glauben an das, was dieser Schriftsteller bis dahin gestaltet hatte: die Menschlichkeit, gerade dort, wo sie von Unmenschlichkeit umgeben ist, und wo es darauf ankommt, sie eindringlich zu fordern.

Das ist lange her. Jener Schriftsteller, der schon als Fünfundzwanzigjähriger mit seinen „Novellen um Claudia“ überraschte, mit diesem skizzenhaft angelegten Roman sensibler Menschen aus einem fast unwirklichen, überkultivierten, verfeinerten Milieu „wohlhabender Bürgerlichkeit“ — jener Schriftsteller lebt heute, seit 1948, in Ostberlin. Dort wird er jetzt öffentlich gefeiert. Und er läßt es zu. Die Funktionäre des Kulturbundes sehen in ihm, dem „Nationalpreisträger“, einen der ihren. Der bewußte und betonte „Intellektuelle“ unter den Schreibenden der zwanziger Jahre hat seinen Standort — seinen Alters-Standort — gefunden. Ob er solches Finden nach langem Suchen erhofft hatte — darüber wird er sich allein Rechenschaft ablegen.

Einem Trugbild folgend . . .

Aber wird er es tun? Ohne Selbsttäuschung? Besitzt er überhaupt noch die einst so geübte Gabe kritischen Sehens und Durchschauens von Menschen und Zeit? Bewußtseinsbildung — eine oft in seiner sektoralen Umgebung gebrauchte hintergründige Vokabel —, er hat sie resignierend an sich selbst durchführen lassen und sich in ihren kommunistischen

ARNOLD ZWEIG

Dienst gestellt. Sein Schicksal ist nicht das des kommunistischen Intellektuellen, der untergeht oder noch einen Abstrug findet, sondern das des bürgerlichen Intellektuellen, der sich freiwillig und erst als alter, kranker und müde gewordener Mann, einem Trugbild folgend, in die Fänge der brutalen Ideologie gibt.

Nicht das Jahr 1933, das ihn als bekennnishaften jüdischen Schriftsteller aus seinem Hause in Eichkamp riß, ihm jedoch das freie Arbeiten in der Emigration und schließlich in Israel nicht nehmen konnte, hat die schöpferische Linie dieses Künstlers und Menschen gebrochen, sondern die „Heimkehr“ in das östliche Berlin mit dem neuen Domizil in Niederschönhausen.

Der alte Mann und die Macht

Noch ein mutiger Versuch, sich aufzubauen und zu sagen, was ist, als er im Februar 1953 vor der Kulturbund-Tagung in Dresden erklärte: „Es ist nicht nur so, daß sich unsere Sprache in Kauderwelsch verwandelt oder zu verwandeln droht. Es ist sogar so, daß viele Begriffe nicht mehr da sind, die uns reinem, als wir aufwachsen, selbstverständlich waren, z. B. der Begriff der Muße, daß ein Mensch spazieren gehen muß, um Gedanken zu fassen, daß ein Mensch instande sein muß, sich

allein einzuschließen oder isoliert auf eine Bank zu setzen und etwas zu lesen, ohne daß das zu einer Instruktion wird, ohne daß er gefragt wird, ob das in Übereinstimmung mit irgendeiner Verpflichtung geschieht, die in die Grundlagen der DDR eingegangen ist . . .“

Aber dann ein sehr schnelles Zurückzucken des alten Mannes vor der drohenden Macht der Obrigkeit. Und schließlich nur noch ein völliges Einschwenken auf die diktierte Sprachregelung; die primitive Tagespolitik mit ihrer billigen Polemik und dürftigen Vereinfachung.

Bruch des Willens, des Geistes, der künstlerischen Ausdrucksart, des Stils; Er, von dem die Literaturbetrachtung um 1930 schrieb, erörterte die „zarten und verfeinerten Probleme moderner Sinnesmenschen . . . die Leiden an der Überfeinfühligkeit und die mühsame Überwindung dieser Sensibilitätsstimmungen . . . kennzeichnend und typisch nicht so sehr für die breite Masse als für eine intellektuelle Oberschicht . . .“, er, Arnold Zweig, sandte im Dezember 1951 an den Politischen Ausschuß der UN eine Stellungnahme, in der es heißt: „Auch Konrad Adenauer möchte mit Blut und Eisen ein Deutschland für Machthaber herstellen, diesmal für die in Zivil gekleideten Vertreter der Wirtschaftsmächte . . .“

Allein unter vielen

Das Regime in Pankow hat sich seiner bemächtigt; denn: er ist der einzige Schriftsteller, der in den Jahren literarischer Freiheit wirkliche Bedeutung erlangt hatte und — trotzdem — in der DDR lebt. Wer außer ihm lebt dort oder lebt dort noch oder ist gar freiwillig wie er dorthin gezogen von den prominenten und zahlreichen Mitgliedern seiner Schriftsteller-Generation? Johannes R. Becher, Anna Seghers, Ludwig Renn — aber standen diese jemals in vorderster Linie der Anerkennung? Was bleibt, sind die Bredel, Uhse, Marchwitza, Hermlin, Koplowitz und Kuba — jene politisierenden Schreiber, die weder jetzt noch künftig in der Literaturgeschichte vermerkt werden dürften,

Senatsvertreter in Karlshorst

Berlin (Eigenmeldung). Als Vertreter des Senats hat der Protokollchef, Senatsdirektor Dr. Klein, an einem sowjetischen Empfang in Karlshorst aus Anlaß des 40. Jahrestages der Oktoberrevolution teilgenommen. Der Generalstabschef der sowjetischen Heeresgruppe in Deutschland, General Ssidelnikow, hatte den Regierenden Bürgermeister Brandt, Bürgermeister Amrehn, die Senatsdirektoren Dr. Hirschfeld und Dr. Klein sowie Polizeipräsident Dr. Stumm zu dieser Veranstaltung geladen.

Schukows Sturz — wie 1946

Hintergründe der Absetzung — Ukrainer reißen Zügel an sich

Wien (Eigenbericht). Untersucht man die Gründe und Hintergründe, die zur Absetzung Schukows geführt haben, so ergeben sich auffallende Parallelen zu seinem Sturz im Jahre 1946. Damals mit der Neuorganisation der Streitkräfte beauftragt, forderte Schukow eine weitgehende Ausschaltung der politischen Kommissare, was Stalin nicht duldet und wogegen vor allem Bulganin protestierte, der kein Berufssoldat, sondern Parteimann ist.

Auch die jetzige Gegnerschaft gegen Schukow beweist klar, wie sehr das alte Problem erneut entscheidend war: Sein Nachfolger Marschall Malinowski ebenso wie sein Hauptgegner Marschall Konjew hatten beide als Politikommissar während des Krieges den heutigen Parteisekretär Chruschtschow. Außerdem sind Chruschtschow und Malinowski beide Ukrainer, und in der Sowjetunion beginnt schon seit einiger Zeit eine Clique von Ukrainern genauso alle Herrschaftszügel an sich zu reißen wie unter Stalin die Georgier.

Als Schukow 1946 nach Odessa abgeschoben worden war, übernahm an seiner Stelle Bulganin das Kriegsministerium. Als Schukow nach Stalins Tod wieder nach Moskau berufen wurde, weil man ein Gegengewicht gegen Berija brauchte, hatten weder Chruschtschow noch Bulganin, sein früherer Hauptgegner, den alten Konflikt vergessen. Von Anfang an wurden deshalb Sicherheitskontrollen gegen Schukow bereitgehalten. Es folgte die gleichzeitige Ernennung von elf neuen Marschällen, darunter des entscheidenden Befehlshabers des Moskauer Militärbezirks, Moska-

lenko, der seit einem Jahrzehnt das Werkzeug der Geheimpolizei ist. So schuf man ein Reservoir von Marschällen, auf die man gegebenenfalls zurückgreifen konnte.

Außerdem wurde ein alter Schukow-Gegner in das Verteidigungsministerium berufen. Es war Generaloberst Scheltow, der die Leitung der Politischen Abteilung mit ihrem direkten Draht zum Zentralkomitee der Partei übernahm. Scheltow hatte während des Krieges mit Malinowski zusammengearbeitet. Man konnte sich auf ihn verlassen und mit ihm in aller Stille das entsprechende Belastungsmaterial gegen Schukow zusammentragen. Das Kommunistische Parteipräsidium von 1957 unter Chruschtschow dachte genauso wie das Politbüro von 1946 unter Stalin: lieber etwas geringere militärische Schlagkraft, als geringere parteipolitische Kontrolle und Zuverlässigkeit! Und mit einer zu allem bereiten Garde neidischer Marschälle, die man eigens für diesen Zweck geschaffen hatte, standen auch die Instrumente zur Verfügung, um ohne Risiko Schukows zweiten Sturz ein Jahr nach seiner ersten Ungnade durchzuführen.

„Geschmacksbildung fördern!“

Modefachleute beim Papst — Internationaler Empfang

Rom (DPA). Mit dem „delikatsten und vielschichtigen“ Problem der Mode befaßte sich Papst Pius XII. in einer großangelegten Rede, die er in drei Mahnungen zusammenfaßte: 1. den Einfluß der Mode nicht zu unterschätzen, 2. sie zu beherrschen und nicht der Willkür zu überlassen und 3. maßzuhalten.

Der Papst sprach in seinem Sommersitz Castel Gandolfo vor Mitgliedern der „Unione latina alta moda“, einer kürzlich unter

katholischem Vorzeichen gegründeten Vereinigung großer Modehäuser. An der Audienz nahmen Modeschöpfer und Textilindustrielle aus Italien, Deutschland und anderen europäischen Ländern teil.

Die Neigung, Mißbrauch mit der Mode zu treiben, sagte der Papst, habe die Kirche oft zu Mißtrauen und strengen Urteilen veranlaßt. Damit sei aber nicht gesagt, daß Christentum und das Abschwören aller Pflüge

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

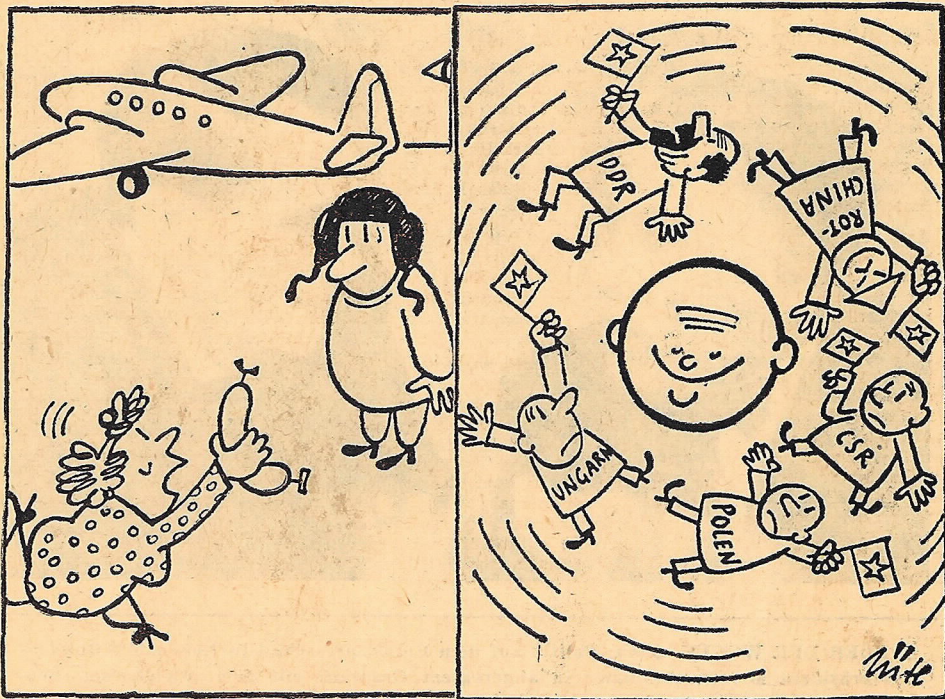
Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Bichthofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

und Betonung des Körpers und seines äußeren Schmucks gleichzusetzen seien. Die Kirche verurteile nicht die Mode, warne aber die Gläubigen vor Verirrungen.

Auch im Wandel der Mode sieht der Papst einen normalen Vorgang. Dieser Wandel sei durch die verschiedenartigsten psychologischen und moralischen Faktoren bedingt. Die Mode verändere sich um so langsamer, je stabiler die gesellschaftlichen Einrichtungen, die Charaktere und Gefühle seien.

Die treibende Kraft aber bei der „Demokratisierung der Mode“, die immer größere wirtschaftliche Bedeutung erlangt habe, seien die Modeschöpfer. Begrüßenswert sei daher das Werk derer, die die Befreiung der Mode von beklagenswerten Tendenzen anstreben. Die Geschmacksbildung der Öffentlichkeit müsse gefördert werden, und es sei wichtig, die Berühmtheiten von Theater und Film für diese Aufgabe zu gewinnen, erklärte der Papst.

Von den Modeschöpfern mehr Verantwortungsbewußtsein zu fordern, sagte Papst Pius, bedeute keine Aufforderung, die Mode gleichförmig, unbeweglich und in düsterer Strenge zu gestalten. Zu verurteilen seien jedoch Übertreibung, Unbescheidenheit und Luxus.



„Falls Sie Laika doch noch unterwegs treffen“

Novemberhimmel über Moskau

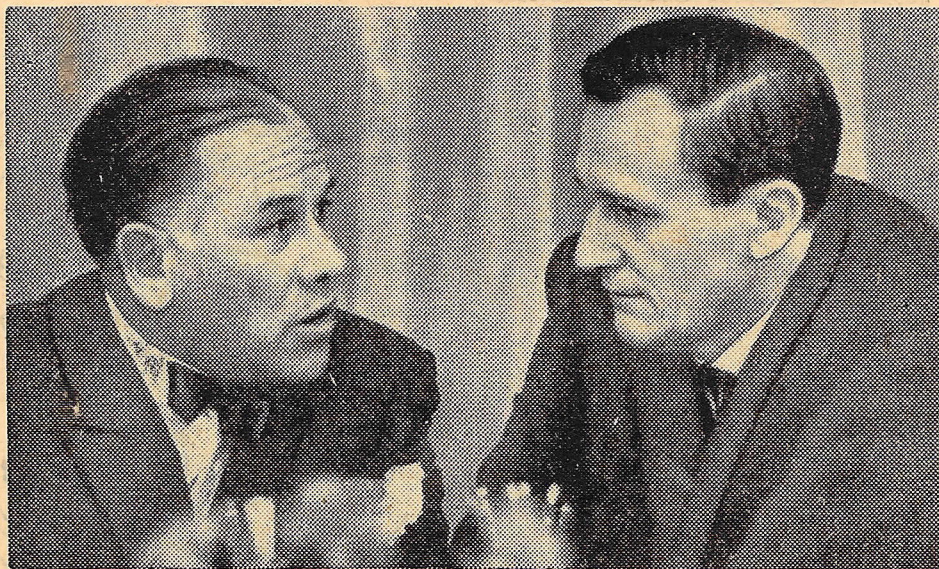
Und die Menschen?

(Fortsetzung von Seite 1)

tschowsche Prophezeiung eine Fata Morgana. Der Mensch in der Freiheit aber weiß von Glück, von seiner Beschränkung, von seiner Vollendung. Es ist nicht zu erwarten, daß der Mensch auf die Dauer durch einen technischen Überlegenheitsrausch in der Fähigkeit gehindert werden kann, sich menschlich zu verhalten. Ja, es ist sogar zu erhoffen, daß dieses Mißverhältnis zwischen der technisch-politischen Macht und der eigenen Entwürdigung nun einmal bald auseinanderbricht. Die westliche Welt hat es zwar schon lange übernommen, für den die Menschenwürde entbehrenden Sowjetmenschen einzutreten. Aber jetzt scheint der Punkt erreicht, wo aus Reden und moralisch-politischen Handreichungen Hilfen mit politischer Wirkung werden müssen.

Wie läßt sich dies tun? Die Ost-West-Konferenz, die Chruschtschow nun angeboten hat, kann dem Westen gewiß nicht als der rechte Weg dazu erscheinen. Wohl wäre eine Begegnung der Mächte von Nutzen, wenn sie dem Ziele dienen könnte, die Meinung der Völker zu koordinieren. Sie hätte schon ihren Sinn, wenn es gelänge, auf einer solchen Ost-West-Konferenz die die Völker am tiefsten bewegenden menschlichen Fragen zu diskutieren. Chruschtschow aber will die Macht der Raketen und Satelliten auf den Konferenztisch legen. Die Freiheit und Selbstbestimmung der Völker, die sogar noch einmal 1955 im Genfer Optimismus-Klima zum Diskussionsgegenstand und sogar zum Resolutionsbefund geworden waren, will die sowjetische Konferenzbegegnung dieser militärischen Auf-

triebsmonate keineswegs erörtern. Zwischen Skepsis und harter Ablehnung liegt das Echo, das Chruschtschow aus den westlichen Ländern zu hören bekam. Man möchte ja den Weg zu den Menschen, — nicht aber zu denen, die sie beherrschen, auf solcher Konferenz gehen. Das wird freilich nach der Lage der Dinge bei den sowjetischen Herrschaftsmethoden nie möglich werden. Deshalb braucht das Gespräch mit dem Osten konkrete und klare Voraussetzungen, die immer wieder die zwischen den Blöcken stehenden menschlichen Probleme betreffen. Nicht die Abrede über das Maß von Rüstungen und die Absteckung von Einfluß- und Machtsphären kann befriedigende Ergebnisse mit sowjetischen Verhandlungspartnern schaffen — sondern nur das Gespräch über das Recht und die Freiheit von Menschen,



BILDER DER WOCHE. Oben: Politik auf dem Bundespresseball in Neuenahr? Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier in angeregtem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in Bonn, Smirnow (rechts). — Unten: Überall begeistert begrüßt werden die Berliner Philharmoniker auf ihrer Gastspielreise durch Japan. Unser Bild zeigt Herbert von Karajan im Kreise japanischer Verehrer.

